

Steuerehrlichkeit Höher als erwartet

Grosse Zahlen können ganz schön die Sicht vernebeln. Da jubelt also der «Tages-Anzeiger», eine Steueramnestie habe 13,5 Milliarden Franken an Reinvermögen ans Licht gebracht – und ergo dem Fiskus zwecks Besteuerung zugeführt. Daraus wird flugs gefolgert, mit der Steuermoral der Schweizer sei es nicht weit her, der Grad der Steuerehrlichkeit nicht besser als im Ausland. «Es ist mehr Geld aufgetaucht, als die Politiker vermuteten», heisst es. Was die Politiker vermuteten, ist nicht ersichtlich. Hingegen ist ein Blick in die amtliche Vermögensstatistik erhellend. Zieht man für einen Vergleich das steuerbare Reinvermögen zurate, wird die nun zutage geförderte Zahl von 13,5 Milliarden Franken relativiert, entzaubert.

Das aggregierte steuerbare Reinvermögen natürlicher Personen in der Schweiz beträgt gemäss Steuerstatistik exakt 1439,9027 Milliarden Franken (2010). Darin nicht eingerechnet sind übrigens Immobilienbesitz oder die Milliardenschätze, die auf AHV- oder BVG-Konten lagern. Die 13,5 Milliarden Franken, die einer Steueramnestie entspringen sind, liegen im Verhältnis zum nationalen Reinvermögen damit unter 1 Prozent – sind also marginal. Die Steuerehrlichkeit der Schweizer jedenfalls lässt sich mit den paar Milliarden nicht auf südeuropäisches Niveau transformieren. Die 13,5 Milliarden sind eher der Beweis für die intakte Steuermoral in der Schweiz.

stefan.barmettler@handelszeitung.ch

Kununu & Co. Kampf gegen Windmühlen

Bei Hotels und Restaurants ist es inzwischen Standard: Ein kurzer Blick auf die wichtigsten Bewertungsportale, bevor man seine Buchung oder Reservierung abschliesst. Wer will schon darauf verzichten, durch Fotos und Meinungen anderer Nutzer einen Fehler vermeiden zu können.

Inzwischen greift die Bewertungssucht auch auf Angestellte über. Auf Bewertungsportalen wie Kununu finden sich bereits heute Bewertungen von 20 000 Schweizer Firmen. Jeden Tag kommen 300 neue Meinungen hinzu.

Und die Geschichte wiederholt sich: Genauso wie Hotels und Herbergen mit Inbrunst versucht haben, Kommentare wie «Das Essen war grauenvoll» und «Der Pool ist versifft» per Rechtsanwalt aus dem Internet zu verbannen, wollen sich auch viele Arbeitgeber zu viel Kritik von ihren Mitarbeitern nicht gefallen lassen: Portale wie Kununu werden mit Anwaltspost geflutet.

Dieser Kampf dürfte aber einer gegen Windmühlen sein. Werturteile über den Arbeitgeber sind zulässig. Sie rechtfertigen keine Disziplinarmassnahme, selbst wenn die Anonymität des Bewerternden aufgehoben wird. Anstössige oder verleumdende Kommentare werden von den meisten Online-Seiten ohnehin aussortiert. Genauso wie viele Hotels, die vor TripAdvisor kapituliert haben, werden auch viele Arbeitgeber anders mit Bewertungsportalen umgehen müssen. Das heisst aber nicht, teure Dienstleistungen von Kununu & Co. zu kaufen. Oft reicht es, den einen oder anderen Kommentar ernst zu nehmen, anstatt ihn zu verbieten.

stefan.mair@handelszeitung.ch



Fall Markwalder Die Stunde der Heuchler

Wer den Schaden hat, der braucht für den Spott nicht zu sorgen. FDP-Nationalrätin Christa Markwalder macht dieser Tage die schmerzliche Erfahrung. Dies, nachdem die «NZZ» publik gemacht hatte, wie sich Markwalder in ihrer Parlamentsarbeit vom Potentatenstaat Kasachstan vor den Karren spannen liess, ohne das wahre Ausmass der Einflussnahme aus Zentralasien zu erkennen. Die selbst bekundete «Naivität» der liberalen Vorzeigefrau liegt im Vertrauensverhältnis zur ehemaligen FDP-Generalsekretärin und heutigen PR-Beraterin Marie-Louise Baumann begründet. Markwalder versorgte die Vertreter der internationalen PR-Agentur Burson-Marsteller mit Bundesratsantworten aus der Ausserpolitischen Kommission, welche Baumann ohne Wissen der Nationalrätin eifertig nach Astana sandte. Möglicherweise hat Juristin Markwalder damit gegen das Kommissionsgeheimnis verstossen.

Die Empörungsbewirtschaftung läuft auf Hochtouren

Dass sich Markwalder längst öffentlich für ihre «Gutgläubigkeit» entschuldigt hat, ist im allgemeinen Aufheben ohne nennenswerten Widerhall geblieben. Schliesslich hat die Medienmeute Blut



Sven Millischer
Leiter Finanzressort
«Handelszeitung»

gerochen. Die Empörungsbewirtschaftung läuft auf Hochtouren und dient nur einem Ziel, die FDP-Politikerin im Vorfeld der Wahlen zu diskreditieren. Markwalder sei als höchste Schweizerin ungeeignet, wird da mit spitzer Feder formuliert.

Dabei sind Medienschaffende die dankbarsten Abnehmer für Indiskretionen aller Art. Sie lassen sich von PR-Agenturen noch so gerne instrumentalisieren und verkaufen die wohl vorportionierten Informationshäppchen hernach als journalistische Eigenleistungen. Nicht zuletzt auch, weil die unter Schwindsucht leidenden Redaktionen längst auf die diskreten PR-Helferlein im Hintergrund angewiesen sind.

Dies gilt auch für jene Politjournalisten in Bundesbern, die nur dank der gezielten Verletzung von Kommissionsgeheimnissen durch Markwalders Parlamentskollegen ihre Blätter überhaupt mit

«News» füllen. Insofern mutet es da äusserst befremdlich an, dass just die Vertreter der vierten Gewalt an der FDP-Nationalrätin selbstgefällig den moralischen Zeigefinger erheben. Schliesslich greift Markwalder – wie zahlreiche Journalisten auch – bloss auf die «Arbeitsleichterung» einer Public-Relations-Agentur zurück.

Der Geheimnisverrat ist von der Bedeutung her eine Lappalie

In der Kasachstan-Affäre schlägt einmal mehr die Stunde der moralinsauren Heuchler. Dazu zählt nicht nur die schreibende Zunft. Dazu zählen auch Markwalders Ratsmitglieder, die nun mit gesundem Opportunismus auf Distanz zur zuvor allseits beliebten Berner FDP-Politikerin gehen. Bedauerlicherweise sind darin auch Markwalders eigene Parteikollegen eingeschlossen. Statt sich schützend vor die designierte höchste Schweizerin zu stellen und in der Affäre die Verhältnismässigkeit zu wahren – schliesslich handelt es sich beim «Geheimnisverrat» von der politischen Bedeutung her um eine Lappalie –, lassen die Parteiobere Markwalder im Regen stehen. Im Wahljahr ist eben ein jeder sich selbst am nächsten.

sven.millischer@handelszeitung.ch

RÜCKBLLENDE



7. Mai 2015

So gross der Hype um die Apple Watch sein mag – die Batterielaufzeit ist lausig: Nach weniger als 24 Stunden muss das schicke Apple-Gadget wieder an die Steckdose. Auch Swatch-Boss Nick Hayek kennt das Problem. Darum arbeitet sein Unternehmen aktuell an einer Super-Batterie. Das ständige Aufladen ist für ihn ein No-Go: «Ein Konsument, der viel unterwegs ist, will nicht noch ein Ladegerät für die Uhr mitschleppen», sagt Hayek in einem Interview mit der «Handelszeitung».



7. Mai 2015

Schweizer Industriebetriebe wollen eine Bank für Zahlungsverkehr mit dem Iran schaffen. «Erste Gespräche laufen mit der Finma», sagt der Vizepräsident der Wirtschaftskammer Schweiz-Iran, Vital Burger, zur «Handelszeitung». Grund dafür sind Schwierigkeiten bei der Finanzierung von Handelsgeschäften.



7. Mai 2015

Die Schweiz kuschelt vor dem Powerplay der EU. Wer die Schweizer Position zerlegen wolle, scherzt Michael Ambühl, der müsse nur die Schweizer Presse lesen. Der Rat bewährte sich in den letzten Wochen auch in Brüssel. «Die Schweiz zahlt einen hohen Preis», beklagte «Le Temps». Eine «kalte Dusche» erlitt «24 heures». Und «das Ende des Rosinenpickens» verkündete die «Handelszeitung» – als wären beim Verhandeln je Geschenke verteilt worden.



7. Mai 2015

Nick Hayek, Chef des Swatch-Konzerns, zeigt sich in einem Interview kritisch gegenüber der Preispolitik anderer Schweizer Uhrenhersteller. Nicht wenige von ihnen hatten nach der Aufhebung des Euro-Mindestkurses in gewissen Märkten ihre Preise angepasst. «Eine solch kurzfristige Politik ist für die gesamte Schweizer Uhrenindustrie schädlich», sagte Hayek im Interview mit der «Handelszeitung».



7. Mai 2015

Die USA fordern Deutschland offiziell auf, den in Frankfurt inhaftierten Banker der ehemaligen Bank Wegelin auszuliefern, schreibt die «Handelszeitung». Anfang April haben die Amerikaner den deutschen Behörden, kurz vor Fristablauf, ein Auslieferungsgesuch zugestellt. Banker Roger K. sitzt derzeit im Frankfurter Gefängnis III. Seine Anwälte kämpfen gegen eine Auslieferung in die USA.



7. Mai 2015

Das Mode-Laden-Imperium von Trudie Götz bröckelt. Mit ihrer Firma Trois Pommes führte die Basler Unternehmerin einst über 30 Shops in Zürich, Basel, Gstaad und St. Moritz mit 180 Angestellten. Aktuell gehören allerdings nur noch 20 Läden mit 100 Mitarbeitenden dazu. Dies berichtet die «Handelszeitung» in ihrer aktuellen Ausgabe. Ein Grund für den Schrumpfkurs ist, dass die Zusammenarbeit mit dem italienischen Luxus-Label Prada nicht fortgesetzt wurde.